

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 51 (1976)

Heft: 1

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

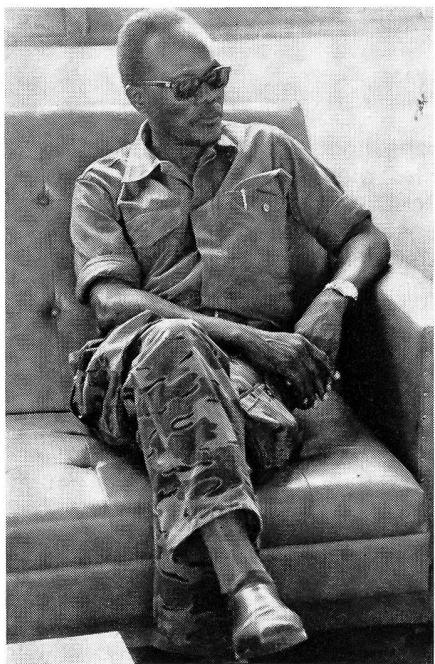
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick über die Grenzen

ANGOLA



National oder marxistisch?

In Angola geht der erbitterte Machtkampf zwischen der nationalen FNLA und der marxistisch orientierten MPLA unvermindert weiter. — Unser Bild zeigt den Chef und Oberbefehlshaber der FNLA, Roberto Holden.

Patrick Chauvel

*

JAPAN

Japans Verteidigungschef entschloss sich zum Tiefstapeln

Neues Militärkonzept setzt auf Qualität statt auf Quantität

Dr. Peter Crome, Tokio

Weder die Volksvertreter noch der Regierungschef waren vorher um ihre Meinung befragt worden. Erst als das neue japanische Verteidigungskonzept fertig war, legte Verteidigungsminister Michita Sakata den Entwurf der obersten zivilen Kontrollinstitution, dem «Nationalen Verteidigungsrat», vor, dem der Ministerpräsident vorsitzt. «Es ist genau diese willkürliche Art, wie die Verteidigungspolitik des Landes formuliert wird, die immer wieder zu öffentlicher Kritik führt», schrieb eine führende Tageszeitung.

Aber im Gegensatz zu vergangenen Zeiten reagierte die Öffentlichkeit gelassen. Denn seit im Zuge der Indochina-Entwicklung das amerikanisch-japanische Verteidigungsbündnis neu aufgewertet wurde, ist das Thema in Japan nicht länger verteufelt.

Sakatas neues Konzept, das die Basis für den Nachfolgeplan des im März 1976 auslaufenden «4. Fünfjahresplan zur Selbstverteidigung» bilden soll, gibt sich betont zivil. Sein wichtigster Aspekt ist die Abkehr von dem bisherigen Leitprinzip der «notwendigen Verteidigungsstärke». Nach diesem Prinzip waren die Selbstverteidigungsstreitkräfte konstant ausgebaut worden, proportional zu den Streitkräften der umliegenden Länder — primär der Sowjetunion —, die als potentielle Angreifer hätten in Frage kommen können.

Nunmehr gilt nach dem neuen Konzept das quantitative Wachstum der Streitkräfte als abgeschlossen. Der «4. Fünfjahresplan», mit dem die Verteidigungsausgaben auf 0,8 Prozent des Bruttonzialprodukts verdoppelt wurden, begrenzt die Stärke des Heeres auf 13 Divisionen mit 180 000 Mann, die Tonnage der Marine auf 250 000 bis 280 000 Tonnen und die Stückzahl der Luftwaffe auf 800 Maschinen. So wollen es die heutigen offiziellen Angaben, die teilweise im Widerspruch stehen zu den entsprechenden Angaben zu Beginn der laufenden Planphase. Freilich wird sich dieses Programm wegen der Rezession nicht bis zum nächsten März erfüllen lassen und deshalb danach fortgeführt werden.

Sakatas neues militärisches Leitprinzip zielt stattdessen auf eine «grundsätzliche Verteidigungsbereitschaft» hin. Mit dieser Bereitschaft wachsen der japanischen Militärmacht im Verein mit dem amerikanischen Bündnispartner folgende Aufgaben zu: 1. Abschreckung feindlicher Aggression, 2. Einsatz bei begrenzten Kriegshandlungen und zivilen Unruhen und 3. Einsatz für zivilen Katastrophenschutz. Während Sakata damit die lange geforderte oberste Begrenzung des militärischen Aufbauprogramms quantitativ zugestanden hat, betont er die Uneingeschränktheit des weiteren qualitativen Ausbaus. Mit diesem Trick ist den seit Jahren beschworenen Unwiderbarkeiten der japanischen Verteidigungspolitik wieder eine Hintertür offengelassen worden. Der Gedanke erinnert zum Beispiel daran, dass Japan sich standhaft davor bewahrt, den Atomsperervertrag zu unterzeichnen.

Die faktische Herabsetzung der Mannschaftsstärke — das Missverhältnis zwischen Iststärke (234 000) und Sollstärke (266 000) wird von Jahr zu Jahr grösser und die Sollbegrenzungen werden kleiner — und die Hervorhebung der Katastrophenschutzaufgaben lenken von neurotischen Punkten ab, denen früher heftige öffentliche Kritik sicher gewesen wäre. Dazu gehört der bisher stark umstrittene Militäreinsatz bei zivilen Unruhen. Dazu gehört ebenfalls die Frage, wann der unbegrenzte technologische Ausbau der militärischen Qualität mit dem Prinzip reiner Selbstverteidigung kollidiert. Schliesslich gibt die starke Betonung des «amerikanisch-japanischen Sicherheitspakts als Garantie für die Sicherheit in Asien» den alten Besorgnissen von einer japanischen Militärverantwortung ausserhalb des japanischen Hoheitsgebiets neue Nahrung. Indessen scheint sich freilich in der japanischen Öffentlichkeit die Ansicht durchzusetzen, dass die vor einem Vierteljahrhundert gefallene Entscheidung zur Wiederarüstung nicht mehr länger von den notwendig damit verbundenen militärischen

Implikationen getrennt werden kann. Sakatas Vision einer technisch hochqualifizierten Miniaturarmee wirkt vor diesem Hintergrund versöhnlich nach allen Richtungen. Den Pazifisten erscheint sie weniger bedrohlich als zuvor. Die Militärs erkennen in ihr die Bestätigung ihrer schon seit längerem entwickelten Strategie eines harten Kerns, der sich — nach Reichswehrvorbild — jederzeit multiplizieren lässt. Der amerikanische Bündnispartner sieht u. a. seine Forderung nach japanischer U-Boot-Aufklärung ausserhalb japanischer Gewässer erfüllt. Der auf Technologie spezialisierte Teil der Militärinterindustrie sieht eine zukünftige fette Weide, und der Verbraucher, dem für das nächste Jahr wieder eine Einbusse des Realeinkommens angekündigt wurde, sieht, dass die Regierung spart. Letzterer fiel dieses optische Zugeständnis leicht: sie steht vor einer Haushaltsdefizitfinanzierung von rund 50 Milliarden Mark.

*

Soldaten der aufgehenden Sonne

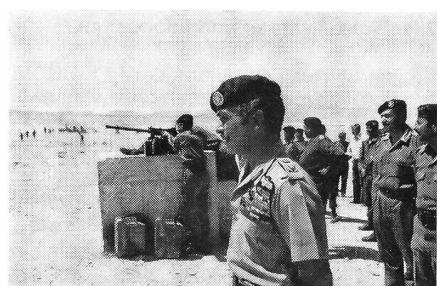


1975 konnten die japanischen Selbstverteidigungskräfte (offizieller Name für Heer, Flugwaffe und Marine) ihr 25jähriges Bestehen feiern. — Unser Bild zeigt japanische Soldaten bei der Jubiläumsparade.

Jacques Duquesnay

*

JORDANIEN



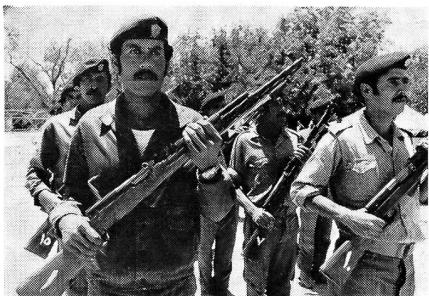
König Hussein inspiert seine Armee

Im arabischen Raum gelten die Streitkräfte des haschemitischen Königreichs zu Recht als modern und schlagkräftig. Sie verfügen über modernste Waffen, und der Ausbildungsstand ihrer Soldaten steht auf beachtlicher Höhe. — Auf unserem Bild inspiert König Hussein eine Schiessübung seiner Kommandotruppen.

Alexandra de Borchgrave

*

PALÄSTINA



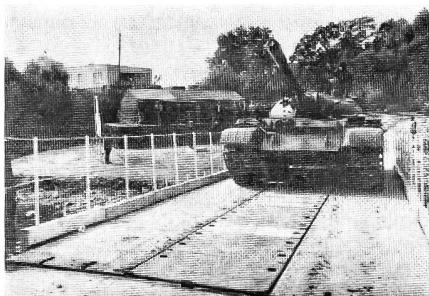
El Fatah gegen IDF?

Die palästinensische Terror-Organisation PLO des Yassir Arafat hat sich zum Ziel gesetzt, Israel als Staat zu vernichten. Mit El Fatah hat sie sich dafür eine militärische Truppe aufgebaut, die von der Sowjetunion und von anderen Staaten des Warschauer Pakts bewaffnet und ausgerüstet wird. Bis jetzt allerdings ist El Fatah einer direkten Konfrontation mit der israelischen Verteidigungsarmee (IDF) geflüchtet ausgewichen. — Unser Bild zeigt Angehörige der El Fatah beim Training.

Gamma

*

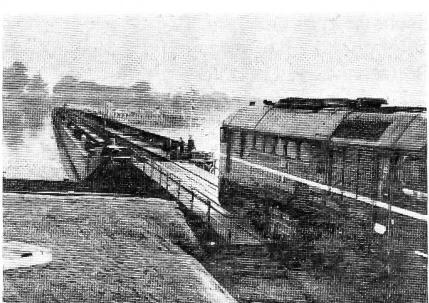
UNGARN



Pontonbrücke über die Donau

Um die Donau auch in Krisenzeiten überqueren zu können, d. h. in jenem Falle, wenn die normalen Verkehrsbrücken «ausfallen», hat man in Ungarn Pontonbrücken konstruiert, die man im Notfall in kürzester Zeit montieren und an den bereits vorgesehenen Stellen in Betrieb nehmen kann. Eine solche Anlage wurde Ende September 1975 in Anwesenheit des ungarischen Verteidigungsministers General Czinege und des ungarischen Verkehrsministers Rödönyi eingeweiht. Unsere Bilder zeigen die von Zügen und Panzern benützbare Pontonbrücke.

P. M.



ÖSTERREICH

Österreichs äussere Sicherheit

In einer von der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei und dem Parlamentsklub veranstalteten Enquête in Graz sprach eine Reihe bekannter Fachleute aus dem In- und Ausland zum Thema «Die äussere Sicherheit Österreichs». Diese Veranstaltung, die als «Startschuss für weitere Tätigkeit» bezeichnet wurde, erbrachte nicht nur in den Einleitungsvorträgen der Schweizer Gäste, sondern auch in den Diskussionen der vier Arbeitskreise eine Fülle interessanter Gesichtspunkte.

Der Schweizer Wehrexperte Oberst Dr. Gustav Däniker erklärte einleitend, die Bedrohung für Europa und damit für die europäischen Kleinstaaten halte auch nach der KSZE weiter an. Aufsehen erregte sein Vorschlag, in eine innereuropäische gemeinsame Betrachtungsweise der Neutralen — Schweden, Schweiz, Österreich — auch Jugoslawien einzubeziehen. Däniker berichtete von recht hoffnungsvollem Beginnen solcher Kontakte zwischen Bern und Belgrad, räumte allerdings ein, dass angesichts der räumlichen Trennung und des Fehlens bilateraler Reibungsflächen eine solche Kooperation von Bern aus leichter zu bewerkstelligen sei als von Wien aus.

Oberst Däniker lieferte in seinem Vortrag eine Einschätzung der militärischen Lage in Europa: Ein Frontalzusammenstoß zwischen NATO und Warschauer Pakt in den nächsten Jahren sei unwahrscheinlich. Aber kleinere Konflikte können jederzeit überall entstehen. Der Redner besprach die verschiedenen Bedrohungsmöglichkeiten für Österreich und die anderen Staaten Europas und vertrat dabei eine für Österreich desillusionierende These bezüglich einer direkten Verwicklung in einen Krieg: «Ein Durchmarsch durch Österreich bzw. ein rasches Eindringen mit Anhalten an der alten Demarkationslinie würde kaum zum militärischen Eingreifen der NATO führen. Der Casus belli könnte, müsste aber nicht gegeben sein.»

Der in der Schweiz (in St. Gallen) dozierende Österreicher Dr. Hans Mayrzedt bescheinigte Österreich eine günstige Ausgangsstellung in bezug auf die Wirtschaftssicherung. Bei den Rohstoffen sei Österreich zwar in hohem Masse vom Ausland abhängig, aber diese Importabhängigkeit sei im Vergleich zu den meisten west-europäischen Staaten bedeutend geringer. Besonders hoch sei der Selbstversorgungsgrad bei den Nahrungsmitteln — rund 80 Prozent.

Der dritte Schweizer Gast, Universitätsprofessor Dr. Daniel Frei aus Zürich, befasste sich mit der Strategie der Konfliktvermeidung und zählte dabei 23 Spielarten auf. Allerdings habe es ein Kleinstaat besonders schwer: Einerseits ist er mehr von seiner internationalen Umwelt abhängig als grösere Staaten, anderseits hat er auch nicht die Mittel, um die Probleme zu bewältigen, die sich aus einer solchen Abhängigkeit ergeben.

In vier Arbeitskreisen erörterten die Teilnehmer bereits getroffene und noch ausstehende Massnahmen der österreichischen Landesverteidigung. Man müsse verhindern, wie es einer der Teilnehmer for-

mulierte, dass der gemeinsame Beschluss der Parteien über die Formel der Umfassenden Landesverteidigung als Verfassungsklausel eine blosse Alibi-Aktion ohne Inhalt werde. Man stellte auf vielen Gebieten Mängel und Versäumnisse fest, es gab aber auch Positiva, wie zum Beispiel die bereits erwähnte Tatsache, dass sich Österreich im Notfall fast zur Gänze selbst ernähren könnte oder dass das Land über 250 000 Mann Verteidigungs- und Hilfspersonal verfügt (Heer, Feuerwehr, Rettung, verschiedene Organisationen). Damit liegt Österreich über dem internationalen Durchschnitt.

J-n

*

Vorarbeiten zum Landesverteidigungsplan

In der ersten Sitzung des Ministerrates nach der Neuwahl des Parlaments hat die Bundesregierung wichtige Beschlüsse zur Umfassenden Landesverteidigung (ULV) gefasst. So heisst es z. B., die in der Entschließung des Nationalrates vom 10. Juni 1975 zum Ausdruck gebrachten Zielsetzungen der ULV hätten künftig die Richtlinien für die Gestaltung und Handhabung der Angelegenheiten der ULV zu bilden. Die in Betracht kommenden Mitglieder der Bundesregierung werden eingeladen, zur Verwirklichung der Zielsetzungen der ULV an der Erarbeitung eines Landesverteidigungsplanes sowie durch die nötigen Vorkehrungen und Vorsorgen auch auf logistischem und organisatorischem Gebiet für dessen Durchführung im Rahmen ihres Ressorts beizutragen. Es wurde auch ein Termin gesetzt: Ein Entwurf dieses zu erarbeitenden Landesverteidigungsplanes ist bis 30. April 1976 dem Landesverteidigungsrat vorzulegen, nachdem der Fachstab für Koordination der ULV damit beauftragt worden war. Den endgültigen Beschluss wird dann die Bundesregierung fassen. Die Bundesländer werden ebenfalls eingeladen, entsprechende Massnahmen in ihrem selbständigen Wirkungsbereich zu treffen.

J-n

*

Internationale militärmedizinische Tagung

Fast 300 Teilnehmer verzeichnete die erste internationale militärmedizinische Tagung, die in der Festspiel- und Kongressstadt Salzburg abgehalten wurde. Vorträge, Diskussionen, persönlicher Erfahrungs- und Gedankenaustausch trugen zur Bereicherung des Fachwissens der erschienenen Militärärzte und -apotheker, Dozenten, Professoren und zivilen Ärzte sowie der Militärmediziner und -pharmazeuten aus der BRD, Italien, Schweden und der Schweiz bei. Dem österreichischen Heeressanitätschef, Generalarzt Dr. H. Schmid, war es gelungen, prominente Vortragende aus dem In- und Ausland für die Tagung zu gewinnen. Verteidigungsminister Brigadier Karl F. Lütgendorf beschloss die Tagung mit einer Ansprache.

J-n

*

Österreich hat derzeit kaum eine Chance ...

Mit der Frage, ob sich Österreich im Falle eines europäischen Konfliktes mit Erfolg verteidigen könne, befasste sich die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft

in einer Analyse «Österreichs Sicherheit 1975». Das Ergebnis: Österreich hat derzeit kaum eine Chance, einen Angreifer militärisch abzuwehren. Eine Änderung sei nur möglich, wenn Österreich mehr Geld für die Landesverteidigung bereitstelle und seine Anstrengungen auf dem Gebiete der Landesverteidigung dem Niveau seiner Umwelt anpasse. Konkret nennt die Analyse eine Erhöhung des Anteils der Ausgaben für die Landesverteidigung am Bruttonationalprodukt von derzeit 0,9 % auf 3 %. Im Vergleich dazu: Die CSSR verwendet 3,8 %, Jugoslawien 4,5 %, Italien und die BRD 2,9 % und die Schweiz 1,7 % für die Verteidigung. In der Studie heisst es weiter, die Neutralität allein genüge nicht zur Sicherung. Sei sie militärisch zu wenig gestützt, so werde Österreich ein Sicherheitsrisiko für die NATO- und die Warschauer-Pakt-Staaten. J-n

*

LAOS

Der nahtlose Übergang

Daniel Krügel, Muri BE

(Dieser Beitrag wurde noch vor der unlängst erfolgten Liquidation der Monarchie geschrieben. Red.)

1975 wurde zu einem Markstein in der bewegten Geschichte des Königreichs Laos: Wenige Wochen nach der Machtübernahme der Kommunisten in Kambodscha und Südvietnam bahnte sich auch im benachbarten hinterindischen Laos eine ähnliche Entwicklung an. Zwar wurde die Fiktion eines demokratischen Übergangs und des Weiterbestehens der bisherigen Koalitionsregierung aufrechterhalten: ein Sprecher des Pathet Lao versicherte über Radio Vientiane, die Regierung unter Prinz Souvanna Phouma werde «ihre Aufgaben weiter erfüllen». Die Katze aus dem Sack liess hingegen der neue Chef der Stadtverwaltung von Vientiane, indem er die Rolle des Prinzen und seines Kabinetts schlicht als «bedeutungslos» bezeichnete. Bei der «gewaltlosen» Einnahme und quartierweisen Übernahme von Vientiane durch Aktivistengruppen des Pathet Lao sollen nach Aussagen von Flüchtlingen in Thailand mehrere hundert Personen verhaftet und an einen unbekannten Ort verbracht worden sein.

In Vientiane rief ein neues «Revolutionäres Verwaltungskomitee» zur Siegesfeier beim buddhistischen Kloster That Luang am nordöstlichen Ausgang der Hauptstadt auf. Hauptredner Phaophimphachanh, Mitglied des Zentralkomitees der Neo Lao Haksat und neuer Chef der Stadtverwaltung, gab nicht nur seiner Ansicht über die im Amt belassene Koalitionsregierung Souvanna Phoumas ungeschminkt Ausdruck — er wies auch darauf hin, dass der Tag, an dem sich das laotische Volk endgültig in den Besitz der Macht gesetzt habe, auch der 30. Jahrestag der Volkserhebung gegen das französische Kolonialregime sei. Er brandmarkte die verschiedenen «Aggressoren» von Laos im Lauf der Jahrhunderte — angefangen bei den burmesischen Feudalherren, endend bei den Amerikanern — und bezeichnete die neue Situation als «Sieg des laotischen Volks über den Imperialismus».

An einer anschliessenden Pressekonferenz versicherte Phaophimphachanh, Verände-

rungen würden in erster Linie in der Verwaltung, bei Polizei und Armee vorgenommen. Die Regierung der nationalen Einheit und der nationale Koalitionsrat blieben bestehen. Hier sei an einen Wechsel erst nach allgemeinen Wahlen im kommenden Jahr (1976) gedacht. Über den Ausgang der Wahlen — vom Pathet Lao kontrolliert — besteht keine Ungewissheit: der nahtlose Übergang wird perfekt sein.

Wie kam es zu dieser Situation?

Laos war seit jeher ein Pufferstaat: Umgeben von teils kommunistischen, teils kapitalistischen Staaten, zudem ein Binnenland ohne Eisenbahnverbindungen, wurde es unbarmherzig in den Interessenkonflikt der rivalisierenden Weltmächte hineingezogen. In die Wirren des Indochinakriegs geriet das «Reich der Million Elefanten», als Hanoi den östlichen Teil des Landes erfolgreich als Aufmarschgebiet für die Kämpfe in Südvietnam nutzte: Die von den Chinesen gebaute Strasse von Dien Bien Phu zum Mekong und der berühmte «Ho-Chi-Minh-Pfad» waren für den Ausgang des Krieges von grösster strategischer Bedeutung. Zwei Männer spielten in der bewegten Vergangenheit des Landes eine dominierende Rolle, der 74jährige «neutralistische» Prinz Souvanna Phouma und sein 11 Jahre jüngerer Halbbruder, der «rote» Prinz Souvannouvong.

1949: Nach 56 Jahren französischer Protektorats herrschaft und kurzer japanischer Besetzung gewährt Frankreich dem Land eine begrenzte Souveränität innerhalb der französischen Union. Darüber kommt es zwischen den Halbbrüdern, die gemeinsam gegen die Franzosen gekämpft haben, zum Bruch.

1950: Souvannouvong baut mit Hilfe des von Ho Chi Minh gelenkten Vietminh im Norden von Laos Guerillaverbände auf und gründet die prokommunistische Pathet-Lao-Bewegung. In den folgenden Jahren gewinnt der Pathet Lao die Kontrolle über die nordöstlichen Provinzen.

1954: Die Genfer Indochina-Konferenz bringt für Laos zwar die volle Souveränität, Neutralität und den Abzug der Franzosen, nicht aber ein Ende der inneren Rivalitäten.

1957: Entstehung einer Koalitionsregierung. Das Experiment der «Wiedervereinigung» scheitert aber bereits im folgenden Jahr, als die Pathet-Lao-Anhänger bei der Bildung einer neuen Rechtsregierung ausgebootet werden.

1962: Die Genfer Laos-Konferenz versucht, zwischen den rivalisierenden Gruppierungen Frieden zu stiften. Souvanna Phouma bildet eine Dreierkoalition aus Neutralisten, rechten Nationalisten und Pathet-Lao-Vertretern. Ein politisches Attentat lässt die alten Feindseligkeiten im Frühjahr 1963 wieder offen zutage treten, und der Pathet Lao verlässt die Regierung.

1965: Die Verbände des Pathet Lao besetzen die seit Jahren heftig umkämpfte und strategisch wichtige Hochebene der Tonkrüge in Zentrallaos. Die mit amerikanischer Hilfe ausgerüsteten Meo-Bergkrieger können das Gebiet 1969 nur vorübergehend für die Regierung in Vientiane zurückerobern.

1971: Südvinamesische Verbände dringen auf laotisches Gebiet vor. Auch thailändische, chinesische und nordvietnamesische «Freiwillige» sowie amerikanische Bombenflugzeuge greifen in die Kämpfe ein.

1973: Am 21. Februar unterzeichnen die Regierung und der Pathet Lao überraschend ein Waffenstillstandsabkommen, am 14. September einen Friedensvertrag. Vorgesehen ist in diesen Papieren die Bildung einer neuen Koalitionsregierung und der Abzug aller ausländischen Truppen.

1974: Im April setzt König Savang Vathana gemäss den Abmachungen des Friedensvertrages eine neue Koalitionsregierung ein. Ministerpräsident bleibt Souvanna Phouma; Vorsitzender des Politischen Rates, der sich in der Folge zum dominierenden Organ des Staates entwickelt, wird Souvannouvong.

1975: Nach neuen erfolgreichen militärischen Vorstossen kommunistischer Truppen im April treten am 9. Mai vier konervative Minister, offenbar unter dem Druck des Pathet Lao, zurück. Damit gewinnen die Kommunisten auch im bisher paritätisch besetzten Kabinett die Oberhand.

Die neuen Verhältnisse

In der laotischen Hauptstadt Vientiane, die einst für ihr Nachtleben berühmt war, hat unter dem neuen Regime eine moralische Säuberungskampagne begonnen: Laos kehrt wieder zu seinem alten Lebensstil zurück, in dem es für überflüssige, aus der westlichen Zivilisation stammende Dinge keinen Platz mehr gibt.

Die Beamten und Polizisten werden zu Umerziehungskursen in das Ausbildungslager von Muong Vient Say geschickt, wo sie einen bis drei Monate lang bleiben, um dann «moralisch gereinigt» auf ihre alten Posten zurückzukehren.

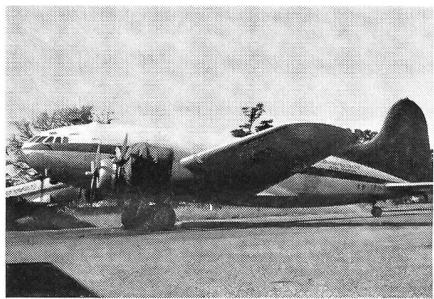
Laos will sich von allen fremden Einflüssen befreien. Die USAID (United States Agency for International Development), die massgeblich an der Entwicklung von Laos beteiligt war, und der USIS (United States Information Service) wurden auf Druck des Pathet Lao aufgelöst. Amerikas gewaltige militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe an Laos wurde schlecht belohnt: Die falsche Einschätzung der Lage und insbesondere der asiatischen Mentalität hatte verheerende Folgen. So verloren insbesondere die von CIA-Spezialeinheiten trainierten Meo-Bergstämme gegen ihre kommunistischen Stammesbrüder: 30 000 Tote zeugen vom hohen Blutzoll, der in der Schlussphase des Krieges auch von 10- bis 12jährigen Knaben entrichtet wurde.

Recht unklar für Aussenstehende ist noch, bei wem innerhalb des Pathet Lao, der in zwei Organisationen — die Lao Patriotische Front und die Lao-Volkspartei — aufgegliedert ist, die wirkliche Macht liegt. Souvannouvong ist Vorsitzender der LPF, die vor allem eine Frontorganisation geblieben ist. Politische Entscheidungen werden offensichtlich vom Zentralkomitee der Lao-Volkspartei getroffen, die an die 14 000 Mitglieder umfassen soll. Wenn es innerhalb des Pathet Lao auch politische Differenzen geben mag, so haben sich die laotischen Kommunisten doch weitgehend aus dem Konflikt zwischen Moskau und

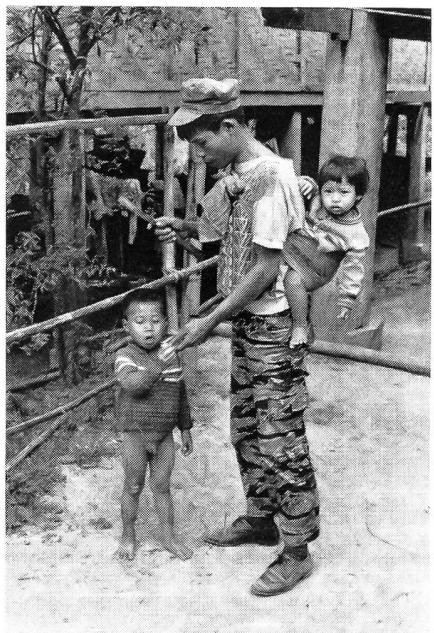
Peking herausgehalten. In ihrer Mehrheit aber unterhalten sie enge Beziehungen zu Nordvietnam, die ihnen eines Tages zum Verhängnis werden könnten. Niemand würde heute Laos helfen, wenn es Nordvietnam gefallen sollte, das schwache Land zu «integrieren». Nationalismus oder Hanoi-Kommunismus? Nur die Zukunft kann diese Frage beantworten.



Der Mekong ist die Lebensader von Laos, das weder Eisenbahnen noch Asphaltstrassen über längere Distanzen kennt. Wer den Flusslauf kontrolliert, beherrscht das ganze Land.



Laos verfügt über ein gutes Netz von Flugplätzen, die von den Franzosen und Amerikanern für fast ausschliesslich koloniale und militärische Zwecke angelegt wurden. Auf den fünf Zivilflughäfen und 17 Militärflugplätzen landen und starten Flugzeuge mit englischer, chinesischer oder russischer Beschriftung ...



Soldat als Familienvater: wenn er schon einmal keinen Rucksack tragen muss ...



Cockpit einer abgestürzten Transportmaschine vom Typ C-47. Mit diesen Flugzeugen versorgten die Amerikaner abgeschnittene Meo-Siedlungen, indem sie Fallschirmkisten und -hülsen abwerfen.



Fallschirmhülse findet beim Dorfsmied als Blasebalg Verwendung.



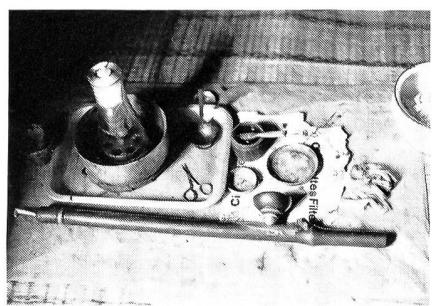
Pathet-Lao-Patrouillenboot auf dem Mekong. Auf dem Dach richtet ein Pathet-Lao-Soldat seine MP auf unser Boot, weil ich das strenge Fotografierverbot missachte.



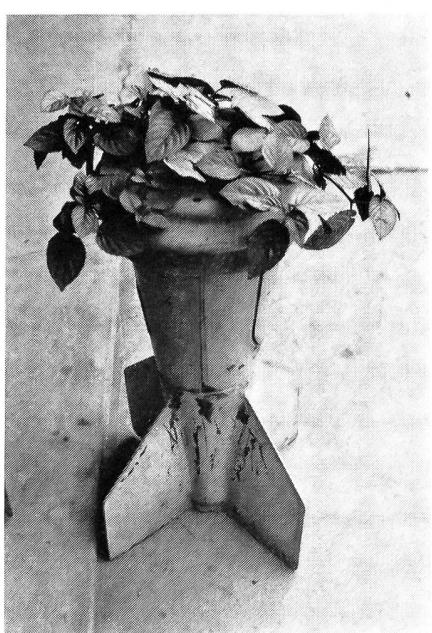
Soldat der Regierungstruppen beim Ausbessern einer Bewässerungsanlage.



Diese Tragfläche dient wohl eher als Schattenspender denn als Unterstand!



Amerika führte und verlor gegen Laos auch einen «privaten» Opiumkrieg. Im gesamten Indochinakrieg suchten die schlecht motivierten US-Soldaten immer mehr die Flucht vor der Wirklichkeit: das Rauschgift zerstörte ganze Einheiten und wurde zu einem grossen Problem für die Kommandanten.



Sag mir, wo die Blumen sind ...